

MEDIENMITTEILUNG

Datum: 22.09.2026

Eidgenössische Volksinitiative «No Lobbying»

Keine Lobby für «No Lobbying»

Die eidgenössische Volksinitiative «No Lobbying – für eine volksnahe Politik». Ist formal nicht zustande gekommen. Das Sammelziel wurde weit unterschritten. Im Verlaufe der Sammelfrist konnten keine Sammel-Netzwerke erstellt oder finanzielle Ressourcen aufgebaut werden. Das Komitee bedauert die verpasste Chance, dass die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger keine Diskussion führen konnten über den Sinn und Unsinn von bezahlten Lobby-Mandaten in der Bundespolitik.

Am 25. März 2025 begann die Unterschriftensammlung für die eidgenössische Volksinitiative «No Lobbying – für eine volksnahe Politik». Ein elfköpfiges, politisch und wirtschaftlich unabhängiges Initiativkomitee setzte sich zum Ziel, die politischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene grundlegend zu verändern.

Die Initiative wollte eine stärkere Unabhängigkeit der Bundespolitik von wirtschaftlichen und institutionellen Interessen erreichen. Konkret sollte die Bundesverfassung dahingehend angepasst werden, dass Mitglieder des National- und Ständerates bei ausgewiesenen finanziellen oder wirtschaftlichen Interessenbindungen nicht mehr in den entsprechenden parlamentarischen Kommissionen Einsitz nehmen dürfen.

Mit der Initiative stellte das Komitee der Schweizer Bevölkerung eine Plattform zur Verfügung, um ihrem Unmut über die zunehmende Einflussnahme von Lobbyorganisationen in Bundesbern Ausdruck zu verleihen. Die Initianten gingen davon aus, dass das Thema auf breite Zustimmung stossen und innert kurzer Zeit genügend Unterstützung für das Erreichen der erforderlichen 100'000 Unterschriften mobilisieren würde. Gleichzeitig sollte die Initiative eine landesweite Diskussion über Sinn, Zweck und Ausmass bezahlter Mandate von Parlamentarierinnen und Parlamentariern auslösen.

Nach Ablauf der 18-monatigen Sammelfrist muss das Initiativkomitee jedoch feststellen, dass die Initiative mangels ausreichender Unterstützung nicht zustande gekommen ist. Obwohl in der Bevölkerung durchaus eine kritische Haltung gegenüber dem politischen Lobbying vorhanden ist, gelang es nicht, daraus eine schweizweite Bewegung zu formen.

Die Aktivitäten in den sozialen Medien erreichten nur begrenzt jene Personenkreise, die bereit gewesen wären, eine Unterschriftensammlung aktiv oder finanziell zu unterstützen. Ebenso konnten keine lokalen oder regionalen Unterstützungskomitees aufgebaut werden. Das Engagement



beschränkte sich weitgehend auf einzelne Personen in ihrem persönlichen Umfeld. Eine breite Multiplikation der Initiative blieb aus. Einzig einen wesentlichen Beitrag zur Unterschriftensammlung leistete die Stiftung WeCollect, die das Anliegen tatkräftig unterstützte.

Das Komitee suchte während der Sammelphase wiederholt den Kontakt zu Institutionen sowie zu Politikerinnen und Politikern beider eidgenössischen Räte. Gerade jene Kreise, die sich öffentlich als Vertreterinnen und Vertreter der «einfachen Bürgerinnen und Bürger» positionieren, verweigerten jedoch ihre Unterstützung oder liessen Anfragen unbeantwortet.

Vor diesem Hintergrund ist das erreichte Ergebnis dennoch als bemerkenswert zu betrachten. Ohne etablierte Netzwerke, ohne politische Unterstützung und ohne nennenswerte finanzielle Mittel ist es gelungen, das Thema auf die politische Agenda zu bringen und zahlreiche Menschen für die Problematik zu sensibilisieren.

Das ernüchternde Fazit lautet jedoch: Die Initiative «No Lobbying» scheiterte letztlich daran, dass sie selbst über keine Lobby verfügte.

Langfristig stellt sich die Frage, ob vergleichbare Projekte überhaupt noch von privater Seite lanciert werden können. Politische Parteien haben wenig Interesse daran, bestehende Strukturen grundlegend zu verändern. Verbände und Interessenorganisationen wiederum werden kaum bereit sein, ihren Zugang zur nationalen Politik freiwillig einzuschränken. Am Ende bleibt der Eindruck, dass vor allem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Verlierer dieser Entwicklung sind.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

No Lobbying
Roland Schwizer
6010 Kriens
www.no-lobbying.ch
info@no-lobbying.ch
079 860 26 12

